

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Anzeigenpreis: Die Spalt. Millimeterzeile oder deren Raum 6 S., Kellame 18 S. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei perichtl. Eintr. od. Konturen hinfällig wird. Erfüllungsort Altenfeld. Verlagsort Nagold. Preis: 1.20 einjährl. 20 S. Ausrückergeb.: Einjährl. 10 S. Bei Nichterscheinen der Zeit. inf. höh. Gewalt od. Betriebsst. besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitg. / Telegr.: „Tannenbl.“ / Tel. 321

Nummer 13

Mittwoch, Mittwoch, den 17. Januar 1934

57. Jahrgang

Völkerbund und Saarfrage

Deutschlands Standpunkt zu der Aufforderung des Genfer Rates

Berlin, 16. Jan. Der Völkerbundsrat hat bekanntlich die indirekte Aufforderung an Deutschland gerichtet, es möge während der Behandlung der Saarfrage seinen Platz in Genf wieder einnehmen. Deutschland ist aber nicht einfach aus dem Völkerbund ausgetreten, um bei irgend einer sich bietenden Gelegenheit wieder dort zu erscheinen, wenn andere Mächte dies wünschen. Die Aufgabe, die der Völkerbundsrat in der Saarfrage jetzt zu leisten hat, ist außerordentlich einfach. Es ist durchaus nicht schwer, eine geheime Abstimmung zu organisieren. Ueber die Wahllisten der Abstimmungsberechtigten sind bereits Vorarbeiten vorhanden. Es kommt lediglich darauf an, daß der Völkerbundsrat seine Aufträge in anständiger und loyaler Weise durchführt.

Ganz abwegig sind die Anregungen der englischen Presse, man solle eine Miliz von 4000 Mann ins Saargebiet bringen. Im Saargebiet haben niemals Unruhen in erheblichem Maße stattgefunden. Die beiden einzigen Toten, die dort zu beklagen sind, waren Nationalsozialisten. Wenn weiter sogar der ungeheuerliche Plan einer Teilung des Saargebietes aufsteht, so sind sich die betreffenden Persönlichkeiten des gefährlichen Ernstes eines solchen Vorschlages offenbar nicht bewußt. Die Ablehnung des Genfer Vorschlages bringt nicht Deutschland, sondern höchstens den Völkerbund in eine peinliche Lage.

Die Antwort nach Genf

Berlin, 16. Januar. Heute Abend ist die Antwort hinsichtlich der Beteiligung der Reichsregierung an den Beratungen des Völkerbundsrates über die Saarfrage abgegangen. Sie wird über den deutschen Konsul in Genf an den Generalsekretär des Völkerbundes, General Götter, übergeben.

Die Saarbrücker Zeitungen lehnen die Einladung des Völkerbundsrates ab

Saarbrücken, 16. Jan. Die Saarbrücker Morgenblätter lehnen die Einladung des Völkerbundsrates an Deutschland nachdrücklich ab.

Die „Saarbrücker Zeitung“ schreibt: Man soll nur nicht erwarten, daß die Bevölkerung in der Annahme des französischen Vorschlages seitens der Ratsmitglieder schon einen Beweis für die praktische Loyalität des Völkerbundes in der Saarfrage sieht. Diesen Optimismus verbietet uns die Erfahrungen gerade der letzten Zeit. Uns ist längst jedes Vertrauen zum Völkerbund zerstört, und wenn es wiederkehren soll, dann muß man uns zunächst beweisen, daß wir Grund dazu haben. Eine unverbindliche Einladung beweist uns nichts. Der einzige verbindliche Beweis wäre gerade dadurch zu führen, daß man in Genf ohne Teilnahme Deutschlands die Beratungen so führt, und solche Beschlüsse faßt, wie es Objektivität und Loyalität verlangen. Das allein wäre uns ein überzeugender Beweis.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ schreibt: So bedauerlich es auch an sich vom Standpunkt des Saargebietes aus ist, daß den außerordentlich wichtigen Beratungen in Genf die Reichsregierung nicht vertreten sein wird, so sehr sollten andererseits die übrigen Mächte Verständnis aufbringen für die grundsätzliche Haltung Deutschlands.

Der Bankrott der saarländischen SPD.

Saarbrücken, 16. Jan. Ein Beweis für den politischen Bankrott der SPD. des Saargebietes ist der katastrophale Mitgliederzustand bei der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt. Er hat in den letzten Monaten einen derartigen Umfang angenommen, daß die Arbeiterwohlfahrt nicht mehr in der Lage ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die hohen Beiträge, die die Mitglieder leisten mußten, sind verloren. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen die Sterbegelder bereits seit Jahresfrist fällig aber noch immer nicht bezahlt sind. Die Arbeiterwohlfahrt vertritt die Hinterbliebenen immer wieder und erklärt jetzt wiederum, sie werde später zahlen, an eine Auszahlung in voller Höhe sei aber nicht zu denken.

Londoner Stimmungsmanöver zur Saarfrage

London, 16. Jan. Der Reuters-Korrespondent in Genf meldet, daß der Vorsitzende der Regierungskommission des Saargebietes, Knorr, am Mittwoch in Genf eintreffen dürfte. Es werde erwartet, daß er dem Völkerbundsrat „neues Material“ über die nationalsozialistische Propaganda im Saargebiet unterbreiten werde. Der Reuters-Korrespondent weist sich, hinzuweisen, es herrsche die bestimmte Ueberzeugung, daß die Möglichkeit der Besetzung des Saargebietes durch internationale militärische Streitkräfte im Auge gefaßt werden würde.

Die Neugestaltung unseres Volkes

Ein Aufruf von Dr. Ley

Nagold, 17. Januar. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Ley, erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Das Leben eines Volkes wird von zwei Grundelementen bestimmt, von der Rasse und von dem Boden. Wahre Staatsmänner werden deshalb ihr Handeln allein von diesen Grundjahren beeinflussen lassen. Der Klassenkampf war der äußere sichtbare Ausdruck eines allmählichen rassistischen Verfalls, der mitbedingt war durch den enger werdenden Raum unseres Volkes. Nationalsozialismus ist der Ausdruck der rassistischen Erneuerung unseres Volkes. Der Nationalismus sah seine Staatskunst in zusammenhängenden Einzelhandlungen. Der Nationalsozialismus sieht in allem nur eine Ganzheit. Die Neugestaltung eines Volkes ist seine Wiedergeburt, die vor allem auch in Verbindung der Rasse mit dem Boden zu suchen ist. Die Verbindungen sind die ländlichen Siedlungen des Volkes, sein Heim, seine Wohnung. Jedoch diese Wohnung darf wiederum nicht als Einzelnes gesehen werden, sondern nur in Zusammenhang mit der Umgebung, mit dem Dorf, mit der Stadt, mit der Landschaft. Mit einem Wort, die Wiedergeburt liegt in dem Erwachen des Volkes für das Schöne, Edle und Erhabene, für das Zweckmäßige, das allein ist sein Glück und sein Wohlstand. Das Problem der Siedlung werden wir nur lösen können in Verbindung mit all den großen nationalsozialistischen Aufgaben. Unser Siedlungswejen wird natürlich an bestimmte Grenzen gebunden sein, an den vorhandenen Raum, an die Arbeit der Menschen, die in diesem Gebiet leben, an den Charakter der Landschaft und an die Stammeseigenart der Menschen, die bestebelt werden sollen. Andere Grenzen erkennen wir nicht an. Wir wollen einmal ganz Deutschland erneuern, wissen aber auch, daß wir uns nicht vergetzeln können. Deshalb fangen wir an einem Punkt an, und zwar auf Wunsch und Befehl des Führers in dem Bismarckengebiet des Wägener Landes, weil dort im Laufe der Jahrzehnte sehr viel gesündigt worden ist, aber auch deshalb, weil wir Nationalsozialisten das Herz der Nation an der Grenze sehen.

Wir werden für dieses Gebiet einen Generalplan aufstellen, der von dem Gedanken ausgeht, wie man diese wesentlichen Siedlungsgebiete wohnlich, schön und zweckmäßig gestalten kann.

Der Generalplan wird alle Gebiete umfassen, die Siedlungen, Verkehrsverhältnisse, Sportanlagen, Erholungsstätten, selbst die Fabriken und Zellen, damit die Menschen, wenn sie aus dem dunklen Schacht emporsteigen, Schönheit, Würde und Freude erleben. Außer diesem Generalplan werden örtliche Pläne aufgestellt werden müssen. Arbeiter und Bauern, Beamte, Handwerker und Mittelstand werden in diesen Siedlungen vereint sein. Dieser Gedanke ist auch wirtschaftlich gesund. Wald, Garten, Kleintierzucht, alles wird eine Ganzheit sein und wird immer die Existenzmöglichkeit des anjusehenden Menschen bedeuten.

Die Siedlung wird von zwei finanziellen Gedanken getragen sein. Einmal von dem, der schon Erspartes ansetzen kann, ein Eigentum zu erhalten, zum anderen, um auch jenen Menschen, die wurzellos geworden sind, wiederum die Bodenständigkeit zu geben und ihn mit Hilfe menschenwürdiger Siedlungen im Volke zu verankern und damit an die Nation zu binden. In dem Wissen und Leiden, daß dieses allein die Voraussetzung für die rassistische Erneuerung unseres Volkes bedeutet, werden auch jene Menschen, die diese Siedlungen schaffen sollen, nicht ausgespart werden als Einzelarbeiter, Einzelgärtner, Einzelvolkswirt, sondern es werden Arbeitsgemeinschaften aus all diesen Männern gebildet werden müssen, die uns Pläne für dieses Werk herrichten. Zu diesem Zweck wird die Arbeitsfront Preisanschreiben veranlassen.

Träger dieses Gesamtplanes ist die Deutsche Arbeitsfront und das Werk „Kraft durch Freude“. Innerhalb dieser Organisationen ist ein Heimstättenamt gebildet. Der andere Träger innerhalb der Arbeitsfront ist das Amt für Würde und Schönheit der Arbeit. Der Stellvertreter des Führers, Heß, hat dem Heimstättenamt das alleinige Recht gegeben, über die Gestaltung des Siedlungswejen in Deutschland zu wachen. Die Vorarbeiten für das erste große Projekt im Bismarckengebiet sind heute beendet. Dieses wichtige Werk kann nur vollendet werden, wenn es getragen ist von dem Willen, der Energie und Kameradschaft der gesamten Nation. Deshalb rufe ich alle schaffenden Deutschen auf: Helft mit, daß wir hier an der weißlichen Grenze ein Stück Sozialismus vollenden, damit wir alsdann in Oberhiesien und an der Ruhr das Werk fortsetzen können. Wir werden sofort beginnen. Der erste Spatenstich, der bereits in einigen Wochen getan werden wird, soll für Dich, deutscher Arbeiter, das Sinnbild der Verwirklichung Deines Schaffens und Sehnsens sein. Er soll den Beginn eines neuen Zeitalters bedeuten. Adolf Hitler zeigt uns den Weg. Er führt uns, lenkt uns. In Dir liegt es nun, deutscher Arbeiter, mitzumarschieren, damit auch Dir und Deinen Kindern das Glück und die Freiheit gegeben werden. Vorwärts mit Hitler. Schaffen wir ein neues Deutschland.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Ley, erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Das Leben eines Volkes wird von zwei Grundelementen bestimmt, von der Rasse und von dem Boden. Wahre Staatsmänner werden deshalb ihr Handeln allein von diesen Grundjahren beeinflussen lassen. Der Klassenkampf war der äußere sichtbare Ausdruck eines allmählichen rassistischen Verfalls, der mitbedingt war durch den enger werdenden Raum unseres Volkes. Nationalsozialismus ist der Ausdruck der rassistischen Erneuerung unseres Volkes. Der Nationalismus sah seine Staatskunst in zusammenhängenden Einzelhandlungen. Der Nationalsozialismus sieht in allem nur eine Ganzheit. Die Neugestaltung eines Volkes ist seine Wiedergeburt, die vor allem auch in Verbindung der Rasse mit dem Boden zu suchen ist. Die Verbindungen sind die ländlichen Siedlungen des Volkes, sein Heim, seine Wohnung. Jedoch diese Wohnung darf wiederum nicht als Einzelnes gesehen werden, sondern nur in Zusammenhang mit der Umgebung, mit dem Dorf, mit der Stadt, mit der Landschaft. Mit einem Wort, die Wiedergeburt liegt in dem Erwachen des Volkes für das Schöne, Edle und Erhabene, für das Zweckmäßige, das allein ist sein Glück und sein Wohlstand. Das Problem der Siedlung werden wir nur lösen können in Verbindung mit all den großen nationalsozialistischen Aufgaben. Unser Siedlungswejen wird natürlich an bestimmte Grenzen gebunden sein, an den vorhandenen Raum, an die Arbeit der Menschen, die in diesem Gebiet leben, an den Charakter der Landschaft und an die Stammeseigenart der Menschen, die bestebelt werden sollen. Andere Grenzen erkennen wir nicht an. Wir wollen einmal ganz Deutschland erneuern, wissen aber auch, daß wir uns nicht vergetzeln können. Deshalb fangen wir an einem Punkt an, und zwar auf Wunsch und Befehl des Führers in dem Bismarckengebiet des Wägener Landes, weil dort im Laufe der Jahrzehnte sehr viel gesündigt worden ist, aber auch deshalb, weil wir Nationalsozialisten das Herz der Nation an der Grenze sehen.

Das Gesetz

zur Ordnung der nationalen Arbeit

Berlin, 16. Jan. Die Ablehnung des Klassenkampfgedankens hatte zu einer Beseitigung der Gewerkschaften und der Arbeiterverbände geführt. Bereits durch das Gesetz vom 19. Mai 1933 über die Treuhänder der Arbeit war den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Regelung der Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen entzogen worden. Das Gesetz übertrug bis zur Neuregelung der Sozialverfassung die Wahrnehmung dieser Aufgabe dem Treuhänder der Arbeit. Mit dem neuen Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit wird nunmehr auch diese Zwischenregelung beseitigt und die Arbeitsverfassung auf eine neue Grundlage gestellt. Für die entscheidende Bedeutung der neuen Regelung ist darauf hingewiesen, daß durch sie 11 arbeitsrechtliche Gesetze, darunter solche von grundlegender Bedeutung wie das Betriebsrätegesetz, die Tarifvertragsverordnung, die Schlichtungsverordnung und die Stilllegungsverordnung eracht und aufgehoben werden.

Die Grundlage der neuen Sozialverfassung ist der Betrieb. Dessen Führer ist der Unternehmer. Er entscheidet gegenüber der Gesamtheit des Betriebes in allen betrieblichen Angelegenheiten. Zur sozialpolitischen Beratung des Führers wird ein Vertrauensrat gebildet, dem Vertrauensmänner aus der Gesamtheit als Mitglieder und der Unternehmer als Vorsitzender angehören. Die allgemeinen betrieblichen Arbeitsbedingungen werden vom Unternehmer nach vorheriger Beratung im Vertrauensrat in einer Betriebsordnung geregelt. Gegen die Entscheidung des Führers des Betriebes kann jedoch die Mehrheit des Vertrauensrates den Treuhänder der Arbeit anrufen.

Der Treuhänder der Arbeit ist der oberste sozialpolitische Vertreter der Reichsregierung in seinem Wirtschaftsgebiet. Seine Aufgaben sind gegenüber dem bisherigen Recht zum Teil eingeschränkt, zum Teil wesentlich erweitert worden. Er tritt in Streitigkeiten aus der Betriebsverfassung an die Stelle der Arbeitsgerichte. Er hat bei arbeiterlosen Entlassungen die bisher den obersten Landesbehörden nach der Stilllegungsverordnung obliegenden Aufgaben wahrzunehmen. In seiner Hand liegt insbesondere die Ueberwachung der Lohnbestimmung in den Betrieben. Er kann auch Richtlinien für den Inhalt von Betriebsordnungen und Einzelarbeitsverträgen festsetzen und in Ausnahmefällen eine Tarifordnung erlassen. Im Bezirk des Treuhänders der Arbeit wird unter dem Vorsitz eines richterlichen Beamten ein Ehrenrecht gebildet, das über Verletzungen der sozialen Ehre durch Angehörige der Betriebsgemeinschaft zu entscheiden hat. Gegen Entscheidungen der Ehrengerichte sind Berufungen an den Reichsgerichtspräsidenten zulässig.

Auf dem Gebiete des Kündigungsschutzes ist der Grundgedanke des bisherigen Rechtes aufgegeben worden, nach dem das Arbeitsgericht nur angerufen werden konnte, wenn die Betriebsverfassung den Einspruch des Gefährdeten als begründet erklärt hatte. Dem Gefährdeten steht in Zukunft unmittelbar das Recht zu, auf Widerruf der Kündigung zu klagen, wenn diese unbillig ist und nicht durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt ist.

Die soziale Verfassung wird hierdurch auf eine neue Grundlage gestellt. An Stelle des Kampfes um die Arbeitsbedingungen durch Interessentenverbände tritt Ueberwachung durch den Staat, der die letzte Verantwortung für eine gerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen übernimmt.

Selbte über den Geist des neuen Gesetzes

Berlin, 16. Jan. Im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda fand am Dienstag ein Pressegespräch statt, bei dem die Minister Selbte und Schmitt Sinn und Ziel des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit in eingehenden Ausführungen darlegten. Der Reichsarbeitsminister dankte zunächst dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt, sowie Staatsrat Dr. Ley für ihre dienestunvolle Arbeit bei den Vorarbeiten zum Gesetz und führte dann u. a. aus: Es ist in der Tat das erste große soziale Gesetzgebungswerk, das die Grundgedanken der Weltanschauung unseres neuen Reiches zum Ausdruck bringt. Die Verwirklichung des Führergedankens in der deutschen Wirtschaft, die Beseitigung der ungeliebten Klassenverhältnisse, unter

Nennen die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen ist, und die nationalen und sozialistischen Grundbesitzer, auf denen dieses neue Werk errichtet ist. Der Unternehmer erhält als Führer des Betriebes die verantwortliche Stelle, die ihm nach den Grundgesetzen des Nationalsozialismus nach dem Führerprinzip zukommt. Das die Freiheiten, die ihm gegeben sind, richtig verwendet werden und daß aus den verschiedenen Rechten nicht eine Willkürherrschafft im Betrieb entsteht, dafür sorgt die soziale Ehrengerichtsbarkeit, die wohl zum erstenmal in der ganzen Welt durch dieses Gesetz herbeigeführt worden ist. Wir führen im Betriebe Unternehmer und Gefolgschaft zueinander. Das Arbeitsverhältnis wird zum Treueverhältnis. Nicht aus vereinbarten Vertragsbestimmungen sollen künftig das Recht der Arbeit, die Rechte und Pflichten aller Mitglieder der Betriebsgemeinschaft hergeleitet werden, sondern aus dem lebendigen Bewußtsein der Treue, der Treue des Führers zur Gefolgschaft und dieser zu ihrem Führer. Der Unternehmer oder ein mit der verantwortlichen Leitung des Betriebes Beauftragter tritt als Führer künftig der Gefolgschaft gegenüber. Die Ausgestaltung aller unvorzugsweisen Zwischeninstanzen dringt und zwingt Führer und Gefolgschaft zusammen und sorgt für die notwendige Gemeinschaftsarbeit und das gegenseitige Vertrauen. In großen Betrieben ist diese allernähe Gemeinschaftsarbeit nicht möglich. Für sie steht daher das Gesetz die Einhaltuna von Vertrauensmittlern vor, die als Anwärter der Gefolgschaft dem Führer beratend zur Seite treten und mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat bilden. Mit ihm ist nicht eine dem alten Betriebsrat entsprechende Interessensvertretung geschaffen. Interessensgegenstände gibt es nicht mehr, vielmehr haben alle nur ein gemeinsames Interesse, den Betrieb, der ihnen allen Arbeit und Brot gibt. Der Minister behandelte dann die verschiedenen Neuerungen eingehend.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt hielt eine kurze Ansprache. Er führte u. a. aus: Ein Volk hat wahrhaft Großes immer nur dann geleistet, wenn es sich geschlossen und entschlossen für die ihm gestellten Aufgaben einsetzt hat. Das gilt wie für ein Volk so für seine Wirtschaft, ja auch für jedes einzelne wirtschaftliche Unternehmen. Jeder wirklich tüchtige Führer weiß, daß er den Erfolg nur dann auf die Dauer an seine Bahnen heften kann, wenn die Gefolgschaft ihm vertraut und mit vollem Herzen dabei ist. Jeder vernünftige Gefolgsmann weiß, daß er nur dann auf jenem Boden steht, wenn er nach alter deutscher Art zum wirtlich selbst ganz einseht, seinem Führer folgt und ihm die Treue hält. Auch ist das Gesetz in vielen Einzelheiten so loyale gehalten, daß Spielraum für Entwicklungsmöglichkeiten gelassen ist. Möge dieser immer in dem Sinne genutzt werden, den großen Gedanken des Arbeitsfriedens zu vertiefen und nicht zu verwässern.

Zum Schluß dankte der Reichswirtschaftsminister noch ganz besonders dem Reichsarbeitsminister Selbde, der Hauptbeteiligter an dem Gesetz sei. Es sei symbolisch für den neuen nationalsozialistischen Geist, daß dieses Gesetz in enger Zusammenarbeit zwischen dem Reichsarbeitsministerium, der Arbeitsfront, Vertretern der Wirtschaft und dem Reichswirtschaftsministerium bearbeitet und herausgebracht worden sei. Dieses Verhältnis zeige, daß man in der obersten Spitze sich darüber klar sei, daß Arbeit und Wirtschaft ein unzerrennlicher Begriff für das ganze Volk sind. Dieser glückliche Anfang werde hoffentlich zum Glück unserer ganzen Nation führen.

Baul Boncour über die Außenpolitik

Paris, 16. Jan. Der Senat feste am Dienstag seine außenpolitische Aussprache fort. Der französische Außenminister Baul Boncour sprach zu drei Fragen: Zu der Abrüstungskonferenz, zur Krise des Völkerbundes und zum Schluß zu den direkten Verhandlungen mit Deutschland, worunter Baul-Boncour nur die auf direktem diplomatischem Wege geführten Verhandlungen verstehen will, denn sentimentale Begegnungen, so erklärte er, gehörten nicht zu seinem Programm. Die deutsche Revolution müsse Europa vor ein französisches, denn so behauptete Baul-Boncour, man sehe noch nicht klar, welches die wirklichen Ziele Deutschlands seien. Es sei natürlich, wenn verschiedene Länder sich beunruhigt fühlten. Die nationalsozialistische Auffassung von der Nation sehe dahin, die Grenzen zu überfluten um die Wölle der gleichen Rasse für sich zu gewinnen. Der Beweis sei das Problem des Saargebietes und das Problem Oesterreichs. Zum Saarproblem sei zu sagen, daß Frankreich sein Recht habe, auf die Volksabstimmung zu verzichten (1). Trotz vorteilhafter Angebote, die man Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiete gemacht habe, wolle Frankreich der Saarbevölkerung das Recht auf freie Abstimung nicht nehmen. Ebenso wie Frankreich diese Rechte der Saarbevölkerung zu garantieren wünsche, wünsche es auch Oesterreichs Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten. Frankreich habe die Unabhängigkeit Oesterreichs immer als den Schlüssel zum europäischen Gleichgewicht angesehen. Das glücklichste Ergebnis der französischen Politik in der österreichischen Frage sei die juristische Verurteilung des Anschlusses durch das Saager Schiedsgericht. Ueber die notwendige Unabhängigkeit Oesterreichs bestehe zwischen Frankreich und Italien vollkommene Meinungsübereinstimmung.

Der französische Außenminister ging dann auf die allgemeinen europäischen Politik über und erklärte u. a., Frankreich habe immer die friedliebenden Länder um sich zu scharen versucht, nicht um Deutschland einzukreisen — dieses Wort habe vor den Kriegen schon viel zu viel Schaden angerichtet — sondern mit allen Völkern zusammenzuarbeiten. Es hänge nur von Deutschland ab, sich dieser Zusammenarbeit anzuschließen.

Gerüchte von einer Lockerung der französischen Beziehungen zu Polen und der Kleinen Entente seien eine Legende, denn die Übereinstimmung mit diesen Ländern sei härter denn je. Frankreich wünsche nur nicht, diese Freundschaften in Form eines bloßen Bündnisses mit anderen Völkern gegenüberzustellen, sondern jede immer wieder, neue Freundschaften dazu zu gewinnen.

Die französisch-italienischen Beziehungen hätten sich in den letzten Monaten sehr verbessert. Gegenüber Rußland betreihe Frankreich eine entschlossene Annäherungspolitik, die im Abschluß des Nichtangriffsabkommens und des französisch-russischen Wirtschaftsabkommens ihre ersten Ergebnisse erzielt habe. Die politische Bedeutung des Wirtschaftsabkommens sei größer als die wirtschaftliche, und zusammen mit den übrigen Nichtangriffsabkommen, die Rußland mit anderen Ländern abgeschlossen habe, sei es gelungen, im Osten ein Sicherheitsnetz zu spannen.

Krankheits Schrei nach „Sicherheit“

Mailand, 16. Jan. Der „Popolo d'Italia“ beschäftigt sich in einem offenbar von höchster Stelle inspirierten Leitartikel mit Ausführungen der französischen Zeitschrift „Hebdomaire“ über die „bedrohte Sicherheit“ Frankreichs. Der „Popolo d'Italia“ zitiert wörtlich die Klagen der französischen Zeitschrift über die „unzureichende Bewaffnung, die mangelhaften Kriegsmittel, die veraltete Fliegerei, die unzureichenden Seestreitkräfte“ und endigt mit der Feststellung der „Hebdomaire“, daß „Deutschland in zureichender Bereitschaft sich anschickt, über den „friedlichen Schahall“ herzuwachen.

Das italienische Blatt schreibt dazu mit beifälliger Ironie: „Ja, es ist wahrhaftig ein wirklicher Angriff, der sich vorbereitet zum Schaden des gänzlich wehrlosen, bescheidensten und arglosesten Volkes Europas. Hannibal steht vor den Toren mit einem Reiterheer mit den modernsten und mörderischsten Waffen, die man sich vorstellen kann. Seine chemischen Industrien sind die mächtigsten der Welt, von seiner Luftwaffe ganz zu schweigen. Wie wird ihnen Frankreich widerstehen? Mit welchen Schüssen? Mit welchen Kanonen? Mit welchen kleinen Flugzeugen, die nicht mehr als eine Tonne Bomben tragen können?“ Der „Popolo d'Italia“ schließt lakonisch: Die drastischen Ausschreie der „Hebdomaire“ sind in der Tat noch nicht ausgestorben. Sie nehmen den Katzenlauf vorweg.

Frage der Rückkehr deutscher Emigranten

Berlin, 16. Jan. Ministerpräsident Göring hat als Chef der Weimarer Staatspolizei zu der Frage der Rückwanderung deutscher Emigranten aus dem Ausland an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und sämtliche Staatspolizeistellen einen Erlaß gerichtet, in dem u. a. gesagt wird, daß sich infolge der allmählichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Mehrzahl der Emigranten schon jetzt eine zunächst noch langsame Rückwanderung nach Deutschland bemerkbar macht. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Behandlung dieser zurückkehrenden Emigranten ersucht der preussische Ministerpräsident um sorgfältige Beachtung besonderer Richtlinien, die er hierfür aufgestellt hat.

In den Richtlinien werden die Emigranten in verschiedene Klassen eingeteilt und entsprechend eine unterschiedliche Behandlung anempfohlen. Danach besteht, wie der amtliche preussische Pressedienst meldet, an der Rückkehr krimineller Elemente, deren Zahl die der wirklichen politischen Flüchtlinge bei weitem übertrifft, keinerlei Interesse. Auch die Rückkehr der vielen Tausende von Flüchtlingen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit — ihre Zahl beläuft sich nach Mitteilungen des Paulaner Flüchtlingshilfswerks auf 16 000 von insgesamt 60 000 Flüchtlingen — ist im neuen Deutschland nicht erwünscht. Falls diese meist aus dem Osten eingewanderten Personen wieder in Deutschland aufzuhalten sollten, sind sie in polizeiliche Haft zu nehmen und bis zur endgültigen Ausweisung in ein Konzentrationslager zu bringen. Die mexikanischen Zerscher und Verbrecher, die sich früher in führenden Stellungen befunden haben, müssen gewärtig sein, daß auf jede ihrer Rückkehrmöglichkeiten hin alle möglichen Repressalien persönlicher und vermögensrechtlicher Art ergriffen werden. Dagegen soll den grundlos verurteilten Volksgenossen, die auf Grund gewissenloser Propaganda ins Ausland geflohen sind, die Heimkehr nicht verweigert werden, wenn sie vertrauensvoll zurückkehren und beweisen können, daß sie schon vor ihrer Rückkehr bemüht gewesen sind, gegen die Gräuelt und Vexierpropaganda im Ausland Front zu machen. Der nationalsozialistische Staat hat so vollkommen über den Gegner gestellt, daß er dem kleinen und geringfügigen Volksgenossen ohne Gefahr vergeben kann, sofern dieser aufrichtig und ernst gewillt ist, sich der neuen Volksgemeinschaft rückhaltlos anzuschließen.

Alle deutschen Länder sind vom preussischen Ministerpräsidenten gebeten worden, sich diesem Verfahren zum Zwecke eines einheitlichen Vorgehens anzuschließen.

Erdbeben in ganz Indien

In ganz Indien wurde am Montag ein starkes Erdbeben verspürt. Der gemaltige Erdstoß dauerte drei Minuten lang. Die Eingeborenen erklärten, noch keinen so langen Erdstoß erlebt zu haben. Die Zahl der Toten ist noch nicht abzuschätzen, da die Berichte aus den abgelegenen Landesteilen nur langsam einlaufen. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

In Kalkutta brach eine große Panik aus, als der erste Erdstoß verspürt wurde. Die Arbeiter und die Angehörigen Rüstern aus den Fabrik- und Büroräumen auf die Straße, um sich in Sicherheit zu bringen. Es kam zu einem wilden Gedränge, bei dem Hunderte von Personen verletzt wurden. Die Leute sammelten sich in den Parks und auf den Plätzen. Starke Polizeiträfte mußten die Ruhe aufrecht erhalten. Die Telegrafen- und Fernsprechanlagen wurden teilweise unterbrochen. Mehrere Bauten, darunter die Turme der katholischen Kirche und das Gebäude des Obergerichts wurden beschädigt. Ein toben in dem Obergericht eröffnetes Beratungsvorhaben über ein Todesurteil gegen den Terroristen Rajumdar mußte unterbrochen werden. Erst als das Erdbeben vorüber war, wurde die Sitzung wieder aufgenommen, woraus das Todesurteil bestätigt wurde. Auch die Imperial-Bank und das Hauptpostamt boten Aufruhr. Manche Gebäude erlitten ins Schwanken. Das Erdbeben brach aus wenige Sekunden nach dem der indische Vizekönig in Begleitung seiner Gemahlin auf dem Bahnhof eingetroffen war. Sie konnten jedoch ihre Reise ungestört fortsetzen.

Auch in Bombay wurden leichte Erschütterungen verspürt. Bisher sind jedoch keine Todesfälle oder schwere Schäden aus Bombay gemeldet.

Eine der schwersten Folgen war der Einsturz des Bahnhofsgebäudes in einem Ort etwa 450 Kilometer entfernt von Jamalpur. Unter den Getöteten befanden sich Frau und Kinder des englischen Direktors der Eisenbahnwerkstätten, die unter den Trümmern begraben wurden. Ein Güterzug wurde vollkommen von den Trümmern bedeckt. Auch in Travancur in Südbindien wurden zwei Frauen durch herabstürzendes Gestein getötet.

Nach in Bombay eingegangenen Meldungen spricht man von 25 Toten und mehr als 200 Verletzten. Man befürchtet jedoch, daß die tatsächliche Zahl der Opfer bei weitem höher sein wird. Von der Katastrophe sind besonders die Städte Benares, Lucknow, Janalour und Patna heimgesucht. In Patna sind 90 Personen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Zahlreiche Tot-

liegen noch unter den Trümmern. In Calcutta sind 300 Häuser eingestürzt, 7000 andere Häuser bekamen Risse. In Kalkutta wollten mehrere Gesangene bei der durch das Erdbeben entstandenen Panik aus dem Gefängnis entkommen. Sie sprangen über das Gitter. Nur einem gelang die Flucht.

56 Tote, 407 Verletzte

Kalkutta, 16. Jan. Das große Erdbeben in Indien hat nach den jetzt vorliegenden Meldungen insgesamt 56 Tote und 407 Verletzte geordert. 4000 Häuser wurden zerstört.

Der Dichter Hermann Bahr †

München, 16. Jan. Der bekannte deutsche Dichter und Schriftsteller Hermann Bahr ist nach längerer schwerer Krankheit am Montag nachmittag im 71. Lebensjahre gestorben.

Hermann Bahr wurde am 19. Juli 1863 in Linz geboren. Sein Lebensweg führte ihn nach Berlin, Graz, Czernowitz und Berlin wieder zurück nach Oesterreich und später nach München. Sein innerer Werdegang ist ebenso vielgestaltig gewesen wie sein äußerer Lebensweg. Der wandlungsreiche Publizist, der in Wien als alldemokratischer Antijemite begann, wurde in Berlin Sozialist und im Jahrzehnt später um die Jahrhundertwende als orthodoxer Katholik wieder zu gebären und schließlich in Wien sein Wienertum neu zu entdecken. Die Wiener Atmosphäre brach dann die überraschende Wandlung dieses Mannes, die Rückkehr zum Glauben seiner Kindheit und als gläubiger Katholik Hermann Bahr seinen Lebensweg zu Ende gegangen. Ueber sein Werk in wenigen Worten zu berichten, ist unmöglich. Die Anzahl seiner Schauspiele und Komödien wird noch übertroffen von seinen Essays, in denen er ein getreues Spiegelbild der Weltgeschichte seiner Zeit gegeben hat. Hermann Bahr wird weitaus leben als der lebendige Zeuge der Wandlung in der deutschen Geistesgeschichte, in der Zeit seines Lebens.

Einziehung von Zehnmarkscheinen

Berlin, 16. Jan. Im Publikum besteht vielfach Unklarheit über die Gültigkeit der Zehnmarkscheine, nachdem im Oktober vorigen Jahres ein Aufruf von Zehnmarkscheinen erfolgt ist. Es ist deshalb darauf hinzuweisen, daß es sich bei diesem Aufruf um die Zehnmark-Reichsbanknoten handelt, die das Ausgabe-datum des 11. Oktober 1924 tragen. Diese Noten verlieren allerdings bereits am 31. Januar, also in zwei Wochen, ihre Gültigkeit im allgemeinen Verkehr. Es ist dies höchste Zeit ist, noch im Besitz des Publikums befindliche Noten dieser Serie abzuliefern. Auch die Reichsbankanstalten nehmen sie nur noch bis Ende Februar zur Einlösung an. Der größte Teil dieser Zehnmark-scheine, von denen früher einmal eine Milliarde RM. in Umlauf waren, ist im Laufe der Jahre bereits eingezogen worden, es befinden sich aber immerhin noch 33 Millionen RM. davon im Verkehr. Die Ablieferungspflicht erstreckt sich aber nur auf diese Scheine aus dem Jahre 1924, alle übrigen Zehnmarknoten, bis zum Datum des 22. Januar 1929 tragen, behalten auch fernerhin ihre Gültigkeit, ebenso die Rentenmarktscheine, die das Ausgabe-datum vom 3. Juli 1924 tragen. Es ist auch in der Öffentlichkeit vielfach nicht bekannt, daß die Fünfmarktscheine bisher nicht aufgerufen sind und infolgedessen, wenn sie auftauchen, noch immer als voll gültiges Zahlungsmittel anzusehen sind.

Nach Einziehung der Zehnmarktscheine der Ausgabe 1924 ist allerdings die Zahl der verbleibenden weiterhin gültigen Zehnmarktscheine nicht erheblich. Der Umlauf an Zehnmarktscheinen aus dem Jahre 1929 und an Rentenmarktscheinen ist auf etwa 20 Millionen RM. zu schätzen. Es werden auch grundsätzlich neue Zehnmarktscheine nicht mehr ausgegeben, da diese Noten nach den Absichten des Reichsfinanzministeriums durch Silbergeld ersetzt werden sollen. Wie das Reichsbank-Büro von zentraler Stelle erklärt, wird besonders die Einziehung der Dreimarstücke, die bekanntlich reiflos aus dem Verkehr gezogen werden sollen, in den nächsten Wochen mit Nachdruck betrieben werden, um das für die Ausprägung der neuen kleinen Fünfmarktscheine erforderliche Silber zu gewinnen. Von den neuen Fünfmarktscheinen sind bisher nur die Luther-Gedenkmünzen im Gesamtwert von 1 Million RM. in den Verkehr gebracht worden. Die Ausprägung der eigentlichen neuen Fünfmarktscheine hat noch gar nicht begonnen.

Anordnung des Stellvertreters des Führers

München, 16. Jan. Der Stellvertreter des Führers erläßt im „Wöchentlichen Beobachter“ folgende Anordnung: „Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Verbände, Zünfte, Wirtschaftsvereine und ähnliche Organisationen umgebildet oder neu errichtet wurden ohne vorhergehende Benachrichtigung des zuständigen Parteidiensstellen. Um die gerade auf diesem Gebiete unbenutzte tätige Zusammenarbeit von Partei und Staat und vorbestimmten Stellen zu gewährleisten, dürfen in Zukunft organisatorische Veränderungen der genannten Art von allen Parteidiensstellen und Staatsbehörden nur mit meinem Einverständnis vorgenommen werden. Freie Wirtschaftsverbände werden davon nicht berührt.“
gez. Rudolf Heß.

Minister Dr. Göbbels stellt dem Rundfunk 1 Million für freischaffende Künstler zur Verfügung

Berlin, 16. Januar. Reichsminister Dr. Göbbels hat dem Deutschen Rundfunk einen Betrag von einer Million Mark zur Verfügung gestellt, der ausschließlich zur Verbesserung der Rundfunkprogramme und zur Hebung der sozialen Lage der freien Künstlerschaft in den nächsten drei Monaten dient. Damit ist es möglich geworden, die im vergangenen Jahre erforderlich gewordenen Programm-Zusammenschlüsse aufzuheben und den einzelnen Sendern wieder die Selbstständigkeit der Programmgestaltung zu sichern.

Der Betrag wird demgemäß für die Ausgestaltung der Rundfunkprogramme unter vermehrter Heranziehung der freiberuflichen Künstlerschaft verwendet werden und von der Reichsfinanzleitung, entsprechend den Bedürfnissen der kulturellen und sozialen Lage, auf die einzelnen Sender verteilt.

Heute noch

müssen Sie unsere Schwarzwälder Tageszeitung bestellen, wenn Sie dies für den Monat Februar noch nicht getan haben.



Neues vom Saar

Flugzeugunfall in Odenburg

Berlin, 16. Jan. Ein Flugzeug der Luftdienst GmbH mußte Donnerstag vormittag bald nach dem Ausfliegen in Odenburg im hohen Bergland des Motors wieder heruntergehen und fiel dabei über einen Teich. Das Flugzeug wurde beschädigt und die 5 Insassen, darunter der Führer Oberkams, erlitten leichte Verletzungen.

Schwerer Straßenbauunfall im Illertal

Zweibrücken, 16. Jan. Am Dienstag ging bei einem Straßenbau in Grotzen im Illertal ein Gefesturm nieder. Die Gefesturmasse bewanderte mehrere Arbeiter. Drei von ihnen wurden auf den Kopf geschlagen. Einige konnten schwer verletzt geborgen werden. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus nach Schöps übergeführt.

Aufgebot der gesamten deutschen arbeitsdienstpflichtigen Studenten

Berlin, 16. Jan. 16.000 deutsche Studenten, die am 1. März in den Arbeitsdienst einzurufen sollen, werden am 24. Januar in der Zeit von 11-13 Uhr in allen deutschen Universitäten sich versammeln, um von den Führern des Reichsarbeitsdienstes die Aufgaben zu erfahren, die der Student im Arbeitsdienst zu erfüllen hat.

Ein Pfarrer verhaftet

Halle, 16. Jan. Am Sonntag wurde der Pfarrer Genßichen Halle-Trotha durch die Geheime Staatspolizei in Schutzhaft genommen. Der Verhaftung liegen schwere Beleidigungen des Gemeindeführers und preussischen Staatsrats Jordan, sowie Aufwiegelung gegen führende Männer des Staates und der NSDAP zugrunde. Am Montag wurde ein richterlicher Haftbefehl gegen Pfarrer Genßichen erlassen und dieser in das Untersuchungsgefängnis des Amtsgerichts übergeführt.

Wieder ein Finanzskandal in Frankreich

Paris, 16. Jan. In Lille scheint ein großer Finanzskandal aufgedeckt worden zu sein. Die Baugesellschaft von Lille, die die Ermächtigung zum Bau billiger Wohnungen auf Grund der sogenannten Vex Loucheur erhalten hat und mit entsprechenden finanziellen bzw. hässlichen Geldern arbeitet, soll eine Reihe von Bauaufträgen vergeben, aber die Unternehmen nicht bezahlt haben. Bisher sind 37 Klagen gegen die Gesellschaft anhängig. Die Forderungen belaufen sich auf einige 10 Millionen Francs.

Der Kampf um Amoy

Tokio, 16. Jan. In der Gegend von Amoy spielen sich zur Zeit heftige Kämpfe ab. Im Laufe der Geschehnisse haben chinesische Regierungstruppen die 8. Brigade der Nationalarmee angegriffen und etwa 40 Bomben abgeworfen. Zahlreiche Tote und Verwundete werden gemeldet. Die Fortsetzung des chinesischen Oberkommandos an die Aufständischen, sich zu ergeben, ist von diesen abgelehnt worden.

Schreckensfahrt einer überfüllten chinesischen Dschunke

London, 16. Jan. Ein schreckliches Ende nahm, wie Reuter aus Singapur meldet, der Versuch von 200 Chinesen, in einer winzigen Dschunke Singapur zu erreichen. Die Chinesen, die in ihrer Ruffschale von dem südchinesischen Hafen Hainan aufgebracht waren, gerieten auf der Fahrt nach Singapur in einen fürchterlichen Sturm, so daß sie sich in den für ihre Zahl viel zu engen Räumchen unter Deck zusammendrängten mühten. Das bei wurden 28 Fahrgäste in einem kleinen Raum derart zusammengedrückt, daß sie erstickten. Die Leichen wurden über Bord geworfen. Schließlich lief die Dschunke den Hafen von Groß-Cheridon an, wo 16 Fahrgäste zurückblieben. Was mit den übrigen 156 Reisenden geschehen ist, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Chinesische Seeräuber wieder an der Arbeit

Singapur, 16. Jan. Die Besatzung des chinesischen Dampfers „Puan“, der etwa hundert chinesische Passagiere an Bord hatte, wurde auf offener See zwischen Schanghai und Hongkong von etwa 15 Seeräubern überfallen. Die Piraten, die als „Poffagiere“ an Bord gekommen waren, zwangen den Kapitän, eine Boot in der Nähe von Swatow anzulassen, wo die Räuber mit ihrer Beute das Schiff verließen und neun wohlhabende Passagiere als Geiseln mit sich schleppten.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 17. Januar 1934.

Amtliches. Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurden aus dem Dienst entlassene Polizeiwachmeister Christian Bött in Wildbad, und Bürgermeister Reinhold Roth in Lohburg.

Ernannt wurden zu Ortsvorstehern in Söhen O.A. Geisingen Obersekretär und kommissarischer Bürgermeister Friedrich Saalmüller, gebürtig aus Altensteig; in Pfalzdronn O.A. Weßheim der Verwaltungspraktikant August Heintzelmann aus Freudenstadt. — Ernannet wurde ferner Postsekretär Bager in Dornstetten zum Postverwalter in Zwielfalten.

Schneefall. Der geistige Schnee ist bei uns im Tal zwar zu Wasser geworden, aber auf den höher gelegenen Orten unserer Umgebung ist er liegen geblieben und in einer Weise angefallen, daß Gekern und auch heute der Bahnschlitten geführt und vielfach Schnee geschöpft werden mußte. Da es über Nacht läuter geworden ist und es heute früh weiter schneit, so werden wir auch bald unsere durch das Tauwetter der letzten Tage fast verloren gegangene Winterlandschaft wieder haben.

Volkssänger Adolf Hitler als Pate. Bei dem zehnten Kind des Metallschleifers Rudolf Bödel hat Volkssänger Adolf Hitler die Ehrenpatenschaft übernommen und eine Gabe von 50 Mark gespendet. Vier SA-Leute stellten die Ehrenpatenschaft bei der Taufe des Kindes.

Staatliche Bürgschaft für 2 Millionen Mark für die Bauparität Deutsche Bau-Gemeinschaft. Für den der Bauparität Deutsche Bau-Gemeinschaft mit Genehmigung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung zugesagten Arbeitsbeschäftigungskredit aus der Kreditaktion für Bauparitäten hat der Sächsische Staat gegenüber der Deutschen Bau- und Bodenbank

16. Berlin, die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen. Die D.B.G.-Bauparität konnte dadurch neben ihren Normalzuteilungen eine Sonderzuteilung vornehmen und zusätzlich über 200 Neubauten finanzieren. Die Bereitstellung der Mittel an die einzelnen Darlehensnehmer ist bereits erfolgt, und viele Neubauten sind schon, soweit es die Witterungsverhältnisse zulassen, begonnen worden. Mit der vollständigen Inanspruchnahme dieses Kredites wird eine wesentliche Belebung des deutschen Bauhandwerkes eintreten. Diese Förderung durch die nationalsozialistische sächsische Staatsregierung zente die D.B.G.-Bauparität auch in die Lage, ihre Normalzuteilungen zu erhöhen. Sie kann weiter monatlich etwa 200.000 Mark der deutschen Bauwirtschaft zuführen. Bis zum 31. 12. 1933 hat die D.B.G. 1815 Darlehen mit 19.296.000 Mark zuteilen können. Bereits am 1. 1. 1934 konnte eine weitere Zuteilung von 21 Darlehen = 212.000 Mark erfolgen, so daß die erreichte Gesamtzuteilung 1836 Darlehen mit 19.508.000 Mark ausmacht.

ep. — Kirchenopfer für das Winterhilfswerk. Von zehntausender Stelle wird mitgeteilt: Die neue Volksgemeinschaft, die uns die nationalsozialistische Bewegung gebracht hat, findet einen besonders sichtbaren und kraftvollen Ausdruck in dem Winterhilfswerk, das auf den Ruf des Führers begonnen worden ist. Während es früher nur einzelne, vor allem kirchliche Kreise waren, die ihrer darbenenden Volksgenossen gedachten, kann sich heute kein Deutscher mehr ausschließen aus der Gemeinschaft des Helfens und Dienens. Schon die einfache Pflicht der Dankbarkeit muß uns alle dazu führen. Gewaltige Summen sind zusammengebracht worden, viel Hunger und Sorge konnte gestillt werden. Aber noch stehen wir tief im Winter drin; die früh einsetzende Kälte hat die Not verschärft. Deshalb gilt es, nicht müde zu werden, sondern in jähem Kampf gegen Hunger und Kälte auszuharren. Es wird daher das gesamte Kirchenopfer am Sonntag, 28. Januar d. J. (Septuagesima) für das Winterhilfswerk bestimmt. Wir sind gewiß, daß auch darüber hinaus der Aufruf zur Hilfe bei unsern Glaubensgenossen ein offenes Ohr und Herz findet, und bitten daher alle, die es vermögen, durch Geld- oder Naturalspenden auch weiterhin das deutsche Winterhilfswerk nach Kräften zu fördern.

Hausfrauenverein. Gestern Abend war die monatliche Versammlung nur schwach besucht. Die Vorsitzende begrüßte die Hausfrauen und beauftragte die zweite Vorsitzende Frau Würt, welcher die Kassenführung obliegt, den Rechnungsabluß des Jahres vorzulesen. Als dann wurden die Berichte im Protokollbuch vorgelesen. Leider ist der erwartete Film: „Kreuz und quer durch Schlesien“ nicht eingetroffen. Dafür ließ nachher Herr Kappler zwei kleine Filme laufen. Den ersten von der Gewerbetätigen Altensteig, der zeigte, wie wichtig das Sparen ist und wie gefährlich es sein kann, wenn man sein Geld auf einmal abhebt. Ein weiterer kleiner Film zeigte einen interessanten Ausschnitt aus der Winterhilfe. Es war sehr aufmerksam von Herrn Kappler, die Hausfrauen durch diesen Vortrag über das Ausbleiben des erwarteten Films etwas zu entschuldigen. Zu Anfang Februar kommt Frau Pelz-Langenscheid, welche noch in guter Erinnerung ist, und spricht über: „Allerlei Hauswirtschaftliches“. Dazu sollten dann die Hausfrauen möglichst vollzählig erscheinen.

Ragold, 15. Januar. (Vom Rathaus.) In der letzten Sitzung des Gemeinderats gab Bürgermeister Mater einen Rückblick auf das verfloßene Jahr und das gewaltige Geschehen der Neugeburt Deutschlands und des Uebergangs vom liberalen in den nationalsozialistischen Staat, den Adolf Hitler zum Durchbruch gebracht hat. Er erinnerte dabei an die bedeutenden Tage des vergangenen Jahres, an den 30. Januar, den 5. März, den 21. März, besonders aber an den 1. Mai, als den Tag der Arbeit, und den 1. Oktober als den Tag der Bauern, an die Handwerkerwoche, an den 10. November, den Beschluß des Reichstages, an den 12. Nov., und die Führung unter unsern Ehrenbürgern Dr. Stähle und Böhmer, die zeitweilig bei jedem einzelnen in bester Erinnerung bleiben werden. Im Mittelpunkt der Arbeit des Gemeinderats sei im letzten Jahr die Beschaffung von Arbeitsstellen für die Arbeitslosen geblieben. Die infolge des letzten Hochwassers notwendigen Verbesserungen und Verbaunngen von Rinnen und Bächen und die Anlage neuer bedeutender Waldwege kamen zum Abschluß. Mit dem freiwilligen Arbeitsdienst wurde neben Arbeiten für die Bauherrenschule und zur geschichtlichen und kulturellen Erforschung der Ruine Hohennagold fast das ganze Jahr das neue Siedlungsgebiet Weingarten und Galgenberg erschlossen. Ein Gebiet, in welchem sofort eine ganze Anzahl neuer Wohnhäuser entstanden ist. Ueberhaupt war das Baugewerbe im letzten Jahr überragend gut beschäftigt. 16 Wohnhäuser wurden erstellt, neben den zahlreichen Um- und Einbauten und Instandsetzungen infolge der Reichszulüsse. Die letzteren veranlaßten in ihren vier Abschnitten immerhin einen Gesamtaufwand von mehr als 200.000 Mark. Und auch für das neue Jahr sind infolge dieser Maßnahmen die Aussichten für das Baugewerbe keine unglücklichen. Der Vorsitzende kam dann auf das Winterhilfswerk in Ragold zu sprechen. Dank der Gebehrtheit der Bevölkerung, besonders auch der Bauern und Landwirte des Bezirks sei es möglich gewesen, dem aller Kleinsten haren Volksgenossen eine sühnbare zufällige Hilfe zu bringen. Der Winter scheint aber lang zu werden und die Hilfsbereitschaft dieser deshalb nicht erlahmen. Anzudeuten, daß einzelne Zeitgenossen der Hilfe nicht würdig seien, dürfte das Werk der Hilfe nicht fördern. Unwürdigen werde man das Handwerk zu legen suchen und wo der Tatbestand feststeht, werde man selbst vor einem Entmündigungsverfahren nicht zurückschrecken, wenn alle Maßnahmen und Mahnungen nichts helfen. Wer öffentliche Hilfe in Anspruch nehme, habe sich dieser auch würdig zu zeigen. Bei aller Fürsorge sei aber das endgültige Ziel die Beschäftigung der Arbeitslosen, damit die öffentliche Fürsorge und die Winterhilfe verschwinden könnten. Im neuen Jahr müsse deshalb die Lösung sein: Arbeitsbeschaffung und wieder Arbeitsbeschaffung! Der Redner betonte dann, daß zu den Notleidenden aber nicht nur die Armen und Arbeitslosen gehören, sondern auch viele Handwerker und Gewerbetreibende, die in diesen Jahren vielfach ohne eigene Schuld in Not gekommen seien. Hilfe sei hier außerordentlich schwer zu bringen. Hauptächlich seien eben Arbeit und Aufträge geeignet, die Lage der Betroffenen zu bessern. Bei der Landwirtschaft werde durch das geschliche Entschuldigungsverfahren manchem, der seine Lage nicht selbst verschuldet habe, durch die Insherabziehung, vielleicht in einzelnen geeigneten Fällen auch durch die Schuldenerweiterung Erleichterung verschafft werden. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte dann der Vorsitzende, daß dank einer vorzüglichen und sparsamen Haushaltsführung unsere Finanzen geordnet sind, aber besondere Aufwendungen nicht ertragen können. Das beste Kennzeichen der Lage sei der unheimliche Rückgang des Gemeindefiskals, das sich nur langsam wieder erholen dürfte und unsere Hoffnung können wir nur auf eine Besserung

der Waldrente legen. Unsere bescheidenen Mittel müssen wir auch im neuen Jahr für Koststands- und Fürsorgearbeiten und für Arbeitsbeschaffung (auch für das Handwerk) verwenden. Eine vorübergehende Entlastung des Haushalts sei durch die Verwendung der hiesigen Arbeitslosen beim Staatsstraßenbau Ragold-Kleinsteig eingetreten. Neue Anforderungen werden auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung und beim Schulwesen an die Stadtverwaltung gestellt. Es wird sich zeigen, was hieron erfüllt werden könne und was zurückgestellt werden müsse. Der Vorsitzende ging dann auf die Tagesordnung über und machte zunächst Mitteilung über die Beitragsverwilligungen des Oberamts zum Gewerbeschulverband, zur Wohlfahrtskasse, des Reichsarbeitsministers zwecks Anschluß der Versorgungskassen an die Hochdruckwasserleitung der Stadt, die Kündigung der Vereinbarung mit der Staatsflugbauverwaltung über die Unterhaltung der Flughäfen auf Wartung Ragold durch das Straßen- und Wasserbauamt, über die Genehmigung der Viehmärkte am letzten Montag des Januar und am ersten Montag des Juli auf weitere zehn Jahre u. a. Gegen das Marktverlegungsgeleuch der Stadt Wildberg vom 1. auf den 2. Mai ist nichts einzuwenden. Die Gebühren für einzelne Kläranlagen wurden endgültig festgesetzt bezüglich der Gewerbebeiträge. — Kenntnis genommen wurde von einem Erlaß des technischen Landesamts über die Frage der Beitragsleistung zur Eisenerdeverbesserung der Freudenstädterstraße. Vergeben wurde die Herstellung eines Glasabflusses im Erdgeschoß des Gewerbeschulgebäudes. — Die Lieferung der Kleinmotorpumpen wurde der Firma Magirus in Ulm übertragen, vorbehaltlich der Genehmigung des Vertrags durch den Herrn Landesfeuerlöschinspektor. — Für Zwecke der Feuerwehr wird außerdem ein entbehrlicher Mercedes-Benz-Personenwagen von der Landesversicherungskasse Württemberg zum Preis von 50 Mark erworben. — Das Stadtbauamt legt Plan und Kostenvoranschlag über die Instandsetzung der hies. Schulgebäude und des früheren Köhle vor. Als dringlich wurden zunächst genehmigt: die Treppenanlage in der Präparandenanstalt und der Einbau von Schülorkorten im Köhle; zu letzterer Maßnahme hat das Arbeitsamt einen Beitrag von 600 Mark in Aussicht gestellt. Der Aufwand für diese beiden Maßnahmen ist rund 3000 Mark. Die Gemeinde Jelsobauern beabsichtigt, auf ihrer Wahrung die Waldach und die Steinach zu verbessern und eine neue Brücke für die Binnastraße Jelsobauern-Unterschwandorf zu bauen. Zur einheitlichen Durchführung des Unternehmens hat das Kulturbauamt Reutlingen angeregt, daß auch die Stadt Ragold als benachbarte Markungsinhaberin sich ihrerseits mit der Frage der Verbesserung der Waldach beschäftigt und die erforderlichen Maßnahmen für die laudm. Benützung der Güter im Jelsobauerland und auch im Lembergergebiet, sowie im Gebiet der Teufelsbrunn ins Auge faßt. Um dazu die nötigen Unterlagen zu schaffen, wäre in diesem Gebiet eine umfassende Feldbereinigung nötig und es wird das Kulturbauamt Reutlingen gebeten, die erforderlichen Pläne ausgearbeitet. Das ganze Unternehmen würde der Arbeitsbeschaffung dienen und es kämen hierfür Koststandsarbeiten und der freiwillige Arbeitsdienst in Betracht. Ob das Unternehmen später zur Ausführung kommt, hängt wesentlich auch davon ab, ob die Stadt den ihr verbleibenden Aufwand aufbringen kann. — Die Forstdirektion hat den von der hiesigen Forstverwaltung aufgestellten Waldwirtschaftsplan für die Stadtwaldungen für das Jahrzehnt 1933 bis 1942 geprüft und hierbei nichts zu beanstanden gefunden. Der Gemeinderat anerkennt heute den Plan mit einer normalen Nutzung von 5050 Festmeter im Jahr und legt nunmehr die Akten dem Oberamt vor. Bei dem kürzlich vorgenommenen Stammholverkauf wurden für Fichten und Tannen durchschnittlich 90 Prozent erzielt, für Föhren 76 Proz.

Freudenstadt, 16. Januar. (Ausstellung „Gesundes Volk.“) Die Ausstellung „Gesundes Volk“ in der Stadthalle Freudenstadt beginnt nicht wie ursprünglich geplant am 22. Jan., sondern erst am 19. Januar und dauert bis 26. Januar.

Freudenstadt, 15. Januar. (Ausgebot.) Die Oberamtsparität Freudenstadt macht bekannt: Fehlgeld, von der Oberamtsparität Freudenstadt ausgetretenen Einlagelöhne und Sparbücher sind verloren gegangen: E 5835 Friedrich Seid von Herzogsweller, E 12175 Friedrich Maubetsch von Höttingen, E 14145 Pauline Wurster von Zeisberg, E 14886 Lore Schwandner von Freudenstadt, E 15175 Frau Klara Dopler von Freudenstadt, E 15305 Ernst Dopler von Freudenstadt, F 2481 Christian Bellhary, alt, von Unterföhring, F 5841 Ursula Hägler von Dornstetten, F 7038 Edgar Kettich von Freudenstadt, F 11656 Lina Jörn von Lombach, Weichenhof. Die Einlagelöhne und Sparbücher werden für kraftlos erklärt, wenn sie nicht von dem Inhaber bis spätestens 20. Februar 1934 der Sparparität vorgelegt werden.

Hirau, 16. Januar. (Ein Wegbau des Forstamts beschäftigt 100 Mann.) Die von der deutschen Regierung für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellten Mittel ermöglichen es der Württemb. Staatsforstverwaltung, größere Wegeneubauten vorzunehmen. So konnte im Bereich des Forstamts Hirau bereits am 8. Januar mit einem größeren Wegbau begonnen werden. Es handelt sich dabei um den Neubau des sog. „Waldwegs“, der von der alten Badstraße zum Kaminlegerweg führt. Die Länge dieses neuen Weges beträgt 1 Kilometer, seine Breite durchschnittlich 3 Meter. Es können vom Unternehmer nur solche Leute eingestellt werden, die ihm vom Arbeitsamt zugewiesen werden. Obwohl die Arbeit erst vergangene Woche in Angriff genommen wurde, konnten bereits rund 70 Personen beschäftigt werden. Diese Zahl soll sich in der kommenden Woche sogar auf 105 Mann erhöhen. Die Arbeiter, die den verschiedenartigsten Berufsgruppen angehören, kommen aus Hirau, Ernstmühl, Altburg, Alzenberg, Oberreichenbach, Oberföllbach und Weltenhmann. Es handelt sich vielfach um Leute, die jahrelang erwerbslos waren und jetzt froh sind, wieder einen Verdienst zu haben. Die Ausführung des Baues liegt in Händen der Firma E. Heljster und Sohn, die in dieser Gegend schon wiederholt größere Bauten ausgeführt hat.

Rottenburg, 16. Januar. (Verkehrsomnibus Ragold-Rottenburg in Brand geraten.) Am Samstagvormittag überholte der den regelmäßigen Dienst zwischen Ragold und Rottenburg versiehende Verkehrsomnibus der Kolonie Koch-Ragold etwa 250 Meter vor Soebtronn das dem Landwirt Beuter von Hirrlingen gehörende Fuhrwerk. Das vorgespannte Pferd gehörte dem Fuhrmann Joseph Keu von Rottenburg und war auf der linken Seite blind. Wohl durch das Geräusch des Motors, scheute das Pferd plötzlich im Augenblick des Ueberholens. Der Fahrer lenkte, um ein Unglück zu vermeiden, den Omnibus ziemlich nach links, geriet aber dadurch in den Graben. Dabei schlug das Verkehrsomnibus um und fing Feuer, das aber rasch erlosch werden konnte. Zum Glück wurden die sieben Insassen nicht im geringsten verletzt.

Rechbergshausen, 16. Jan. (Knabe ertrunken.) Am Montag nachmittag beobachteten mehrere Knabe von Rechbergshausen in der Nähe des Bahnhofs das durch die Schneeschmelze angeschwollene Bett der Marbach. Einer davon, der 6 Jahre alte Max Köhler, kam den Fluten zu nahe, wurde von dem Strudel ergriffen und mitgerissen. Bis Hilfe zur Stelle war, land man den Jungen eine Strecke flussaufwärts im Gebüsch hängend tot vor.

Stuttgart, 16. Jan. (Reichsgründungsfeier.) Am Donnerstag, 18. Januar, vormittags 10.30 Uhr, findet im Konzerthaus der Lieberhalle eine Reichsgründungsfeier der Technischen Hochschule und der Stuttgarter Studentenschaft statt. Die Festrede hält Prof. Dr. Göring, den musikalischen Teil übernimmt das Akademische Orchester unter Leitung von Prof. Dr. Keller. Eine weitere Reichsgründungsfeier findet am Donnerstag abend im Festsaal der Lieberhalle statt, bei der Pg. Prof. Dannenbauer-Tabinen sprechen wird.

Halen, 16. Jan. (Postauto verunglückt.) Bei Goldhölse geriet Sonntag nacht ein Personentransportwagen von Ellwangen in den Straßengraben. Montag früh kam der Postkraftwagen von Bommertsweller beim Wilfinger Stütz ins Schleudern und geriet, sich zweimal überschlagend, die Böschung hinunter. Wie durch ein Wunder kamen der Fahrer und die Fahrgäste unverletzt mit dem Schrecken davon.

Geislingen a. St., 16. Jan. (Drei Einbrüche.) Samstag nacht erfolgten drei schwere Einbrüche im Stadtteil Altenstadt und zwar in der Apotheke, im Konsumladen und im Gasthaus zur Krone. Das stürmische Wetter begünstigte den Täter, der jedesmal ein Fenster zertrümmerte, um einzusteigen und „Revision“ in der Vadenkassette zu machen. Millionär ist der Kerl dabei nicht geworden.

Dülmendingen, 16. Jan. (Diamantene Hochzeit.) Am Samstag feierten hier die Eheleute Jakob Haasis und Frau das seitene Fest der Diamantenen Hochzeit. Die ganze Einwohnerschaft nahm herzlich Anteil an dem Ehrentage des greisen Jubelpaares. Vom Landesführer des Württ. Kriegerbundes, General a. D. v. Blaur trat mit einem Glückwunschsreiben auch ein Geldgeschenk ein, ebenso ehrte die Handwerkskammer Reutlingens Senior der Dülmendinger Feinmechanik mit einer Ehrengabe. Die Jubilare sind 86 bzw. 84 Jahre alt.

Ravensburg, 16. Jan. (Zwei Bürgermeister im Gefängnis.) Außer dem Bürgermeister Kiedler-Oberreitungen befindet sich der bisherige Bürgermeister von Altschulden, Haas, wegen Unregelmäßigkeiten im Amt im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis in Untersuchungshaft.

Ravensburg, 16. Jan. (Heilanstalt Weissenau.) Die Zahl der Kranken in der Heilanstalt Weissenau hat im vergangenen Jahre eine nicht unwesentliche Zunahme erfahren. Am 1. Januar 1933 beherbergte die Heilanstalt 410 Männer und 418 Frauen, zusammen 828 Kranke. Im Laufe des Jahres sind zugegangen: 123 Männer und 149 Frauen. Die Sterblichkeitsziffer betrug im Jahre 1933 im Verhältnis zu der Zahl der im Berichtsjahre Verplegten 3,45 Prozent. Die Zahl der Beamten und Angestellten beträgt zur Zeit 223. Im verfloßenen Jahre ist noch die Einrichtung eines Lazarettbaus für 50 Betten beantragt worden. Sollte die Erstellung des Baus genehmigt werden, würde die Anstalt nach Einrichtung dieses Baus in der Lage sein, rund 1000 Kranke zu beherbergen. Die Heilanstalt Weissenau ist zur Zeit schon die größte der Heilanstalten Württembergs.

Nördlingen, 16. Jan. (Todessturz.) Ein 21-jähriges schwangeres Mädchen stürzte sich aus dem zweiten Stock der elterlichen Wohnung. Die Mutter mußte mit ansehen, wie sich gerade ihre Tochter aus dem Fenster stürzte. Sie fiel auf den steinernen Hof, wobei sie das Genick brach. Der Tod trat auf der Stelle ein. Das Mädchen litt seit einiger Zeit an Schwermut und äußerte schon öfters Selbstmordabsichten.

Glatt l. Holz, 16. Jan. (Auf den brennenden Ofen gesetzt.) Letzte Woche hat sich eine ledige, etwas behinderte Frauensperson, um sich zu wärmen, auf den brennenden Herd gesetzt. Es dauerte nicht lange und schon brannten die Kleider lichterloh. In ihrer Angst sprang sie auf die Straße. Bis man ihre Hilferufe hörte, hatte sie bereits schwere Brandwunden davongetragen.

Vom bayerischen Allgäu, 16. Jan. (Tödlicher Sturz.) Bei dem Skunterricht der 6. Knabenklasse in Immenstadt kam es unter der Aufsicht des Lehrers zu einem bedauerlichen Unfall, der ein Todesopfer forderte. Bei der Abfahrt vom Kalvarienberg wollte der Schreinermeister Johann Josef Specht an einem Mitschüler vorbeifahren, kam jedoch von der Straße ab und fuhr gegen einen Baum. Der Knabe wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, wo er verstarb.

Halen, 16. Januar. (Nur eine Fibel, nur ein Leesebuch.) Auf der Tagung des NS-Lehrerbundes der Kreise Halen, Ellwangen und Aeresheim sprach am Samstag Regierungsrat Hilburger vom Kath. Oberschulrat über Schulfragen im neuen Staat, wobei er laut „Kocher-Ztg.“ mitteilte, daß es vom Frühjahr 1934 ab in allen Volksschulen nur eine Fibel und ein Leesebuch geben wird. Auch werden die beiden Verwaltungen des Evang. und Kath. Oberschulrats in einer Ministerialabteilung für Volksschulen umgebildet.

Besetzung am Reichsgründungstag

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Nach Anordnung der Reichsregierung sind am Tage der Reichsgründung, dem 18. Januar, sämtliche Dienstgebäude zu besetzen. Die Anordnung gilt auch für die württembergischen Staats- und Gemeindebehörden. Die Besetzung dauert vom Morgen bis Sonnenuntergang.

Zur Klarstellung

Das „Deutsche Volksblatt“ Nr. 8 vom 11. Januar 1934 stellt gleichzeitig mit der baldamtlichen Mitteilung über die Festnahme eines Paters des Christentumsheims in Pfenningen folgende Behauptung auf: „Der gegen ihn ausgesprochene Verdacht erwies sich bei der richterlichen Vernehmung als unangebracht.“ Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Der Verdacht besteht nach wie vor weiter. Es wird daher ausdrücklich festgestellt, daß das Strafverfahren wegen Sittlichkeitsverbrechens seinen Fortgang nimmt und von der Staatsanwaltschaft gerichtliche Voruntersuchung beantragt wurde. Lediglich vom Erlaß eines Haftbefehls hat der Richter Abstand genommen.

Berichtend wird angeführt, daß es sich bei der Niederlassung in Pfenningen nicht um eine solche der Gesellschaft Jesu, sondern der Pallottiner handelt.

Keinen Brief ohne Winterpost-Briefverschlusmarken

Stuttgart, 16. Jan. Die Gausführung Württemberg der NS-Volkswohlfahrt teilt uns mit: „Seit Wochen werden an sämtlichen Postämtern im Auftrag des Winterhilfswerks Winterpost-Briefverschlusmarken der Hunderttausend-Beutel zu 1 RM. verkauft. Wir fordern die Bevölkerung auf, von diesen Marken regen Gebrauch zu machen, zumal der gesamte, nicht unbeträchtliche Erlös dem Winterhilfswerk zufließt. Insbesondere sollten die Behörden, Industrie und Handel ihre Briefe zum äußeren Zeichen der Spierbereitschaft mit dieser Verschlusmarke versehen. Legere werden daher gebeten, ihre Bestellungen direkt bei der Gausführung Württemberg der NS-Volkswohlfahrt Stuttgart, Falkenstr. 29, aufzugeben, von der alsdann die Belieferung erfolgt.“

Schwerer Unfall eines Hörner-Schlittens

Oberndorf, 16. Jan. Auf der Straße von Rastach nach Langenwang bei Oberndorf ereignete sich in der Nacht zum Dienstag ein schwerer Unfall eines Hörner-Schlittens. Zwei der Insassen kamen ums Leben, einer wurde schwer verletzt. Gegen 11 Uhr abends haben zwei Postboten, ein Schuhmacher und ein Kellner auf einem Hörner-Schlitten die Nacht nach Langenwang angetreten. Da die Straße völlig vereist war, erreichte der Schlitten bald eine rasende Geschwindigkeit. In einer Kur verloren die Insassen völlig die Gewalt über das Fahrzeug. Der Schlitten rief einen Abhang hinab. Dort wurde er tot aufgefunden. Der Schuhmacher Wiber und der Kellner Brenner stürzten von Felswand zu Felswand etwa 100 Meter hinab. Schwer verletzt blieben sie auf der Breitschlagstraße liegen. Brenner schleifte sich bis zu dem etwa 1 Kilometer entfernten Wohnhaus, um die Einwohner zur Hilfeleistung zu alarmieren; dann brach er zusammen. Er wurde sofort in das Krankenhaus Oberndorf eingeliefert. Der schwerverletzte Wiber starb auf dem Transport ins Krankenhaus.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Herriot ist unbeliebt. Edouard Herriot, der wegen seiner Politik erst kürzlich in Marseille ausgepfiffen worden war, mußte sich Samstag, wie das „Echo de Paris“ berichtet, in Cambrai vor der wütenden Volksmenge durch mehrere Polizeibeamte schützen lassen. Herriot wollte persönlich die Kandidatur eines Parteifreundes für einen freigewordenen Kammerstuhl unterstützen.

16 Tote der Ueberschwemmung in Britisch-Guiana. Die schweren Ueberschwemmungen, die zur Zeit Britisch-Guiana heimischen, haben bisher 16 Todesopfer gefordert. Hunderte von Menschen sind obdachlos geworden.

Bekanntmachungen der NSDAP.

Aus parteifamiliären Bekannmachungen
 Dg. und St.-F. der NSDAP, Deleg. Pfalzgrafenweiler
 Am Donnerstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum Adler eine Reichsgründungsfeier, verbunden mit Mitgliederappell, statt. Für Parteimitglieder ist Erscheinen Pflicht. Die Mitglieder der Unterorganisationen sind herzlich eingeladen.

Buntes Allerlei

Die Kaiserkrone aus Eisen

Unter den kostbaren Schätzen des Maximiliansmuseums in Augsburg befindet sich, was kaum bekannt ist, die einzige Kaiserkrone aus der Zeit des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“, die noch in Deutschland vorhanden ist. Die Kaiserkrone ist bekanntlich eine Nachbildung der Krone in der Schatzkammer zu Wien. Es ist der gekrönte Prunkhelm Kaiser Karls V., den sich der Herrscher zu seiner Krönung in Bologna (1530) anfertigen ließ. Auf dem Helm, der vermutlich in Deutschland angefertigt wurde, befindet sich eine Nachbildung der heute in Wien befindlichen alten deutschen Kaiserkrone Konrads III. Diese Krone war damals schon schadhaft; da Karl V. aber als vom Papste gekrönter römischer Kaiser überall mit der Krone auf dem Haupte auftreten wollte, ließ er diese einfach in natürlicher Größe auf seinem Prunkhelme anbringen. Helm und Krone sind beide deutsche Platten-Elfenbeinarbeiten mit Ziselierungen, und tragen heute noch Spuren der einstigen Vergoldung. Auch das Schwert und die daszugehörige Scheide, die vermutlich vom gleichen Meister angefertigt wurden, befinden sich in dem Museum. Als im Jahre 1559 im Augsburger Dom ein feierliches Totenamt für den in Spanien verstorbenen Kaiser Maximilian, legte Kaiser Ferdinand vor der Tumba die Prunkkrönung sowie Helm und Schwert Karls V., seines Vaters, nieder; so veranlaßte sie in späterer Zeit an das Bischöfliche Museum, das 1910 mit dem Maximiliansmuseum vereinigt wurde. Die Prunkkrönung selbst ist nicht mehr vorhanden. Nach der Uebersiedelung soll ein Kirchenbedienter sie ohne Erlaubnis vor etwa 80 Jahren an das spanische Königsbuch verkauft haben, so daß sie sich heute in der Waffensammlung „armoria“ in Madrid befindet.

Die Elefantenlotterie

Ganz große Dinge bereiten sich in Brüssel vor. Im Jahre 1934 soll dort eine große Kolonialausstellung aufgezogen werden. Die Hauptattraktion wird ein riesenhafter zoologischer Garten sein, der als eine bleibende Einrichtung gedacht ist. Um diesen Zoo von vornherein vollständig zu machen, hat man eine Lotterie vorgezogen und will jedem Besucher ein freilos gewähren. Der Gewinnplan der Lotterie ist außerordentlich großzügig gehalten. Hauptgewinn ist ein Elefant, also im „günstigsten“ Falle entfallen auf ein Doppeltlos zwei Elefanten. — Hoffentlich erhebt der Hauswirt keinen Einspruch, wenn der vielleicht im vierten Stad wohnende Gewinner mit seinem Hauptgewinn nach Hause kommt!

Amerikas Kriegsminister stammt aus Deutschland

George Dern, der Kriegsminister der Vereinigten Staaten von Nordamerika (USA), stammt österricherseits und mütterlicherseits aus Deutschland. Der Vater des Ministers, Johannes Dern, geboren am 24. Oktober 1850, war der Sohn eines Müllermeisters Johannes Dern zu Hausen im Kreise Sieben (Sachsen). Auch die Mutter ist eine geborene Dern aus Hausen. Die Vorfahren des Ministers Dern lassen sich in dem nahe der Universitätsstadt Sieben selbsten Dorfe Hausen bis in das 17. Jahrhundert zurückverfolgen. Von den Vorfahren waren mehrere Müllermeister. In der Hausen-Wäldle, die ihnen gehörte, wohnt noch jetzt eine Nichte des Ministers. Weitere Verwandte von George Dern leben außer in Hausen noch in Alfeld (Hessen) und Hamburg. Der Vater des Ministers wanderte 1908 nach Amerika aus und lebte einige Jahre später nach Deutschland zurück, um sich hier eine Lebensgefährtin auszuwählen, die er in seiner Nichte Margarete Elisabeth Dern fand. Die Ehe wurde in den Vereinigten Staaten geschlossen. Don sind auch alle Kinder dieser Ehe, also auch Minister George Dern, geboren. In seinem Wesen war Dern schlicht und einfach und biest treu zu seiner deutschen Heimat. Nach dem Weltkrieg kam er 1920 als Siebenthalbrücker nachmalig nach Deutschland und starb kurze Zeit nach seiner Rückkehr nach Amerika Anfangs 1921.

Gestorben

Echhausen: David Dengler, Landwirt.
 Oberkollbach: Michael Hamann, 62 Jahre alt.
 Freudenstadt: Maria Eberle, 69 Jahre alt.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lauf (D.-A.: 2156)

Berneck, 16. Januar 1934.

Danksagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner unvergeßlichen Gattin und Mutter, unserer lieben Tochter, Schwiegertochter und Schwester

Emma Dengler
 geb. Keck

herzlichen Dank. Besonders danken wir dem Herrn Stadtpfarrverweser, dem Kirchenchor, den Altersgenossen für die ehrenden Nachrufe und Kranzniederlegungen, für die vielen Kranz- und Blumenspenden, sowie für die Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen:
 der Gatte: Ernst Dengler mit Kind,
 die Eltern: Adam Keck.

Die Ortsgruppen der NS-Hugo und G.H.G.

haben bis heute abend 6 Uhr ihre Anmeldungen abzugeben. Punkt 6 Uhr tritt die Aufnahmeperrre in Kraft.

Otto Kappler
 Nagold, den 17. 1. 1934.

Milch = Büchlein

sind wieder zu haben in der

Buchhandlung Lauf.

Die Zeitungsanzeige

ist und bleibt

das beste Werbemittel.

Zwei schwere



Schlacht-Rübe verkauft

Johs. Großhans
 Kaufmann, Berneck.



Kaufhaus Kappler, Besenfeld

Zeitungen dürfen auf Grund der neuen gesetzlichen Verordnungen ohne Anstand weiterbenutzt werden.

